

**Zur
Abfallwirtschaft**

DKP



Hausmüll 28,5 Mio.t/a

Asche, Schlacke, Ruß 11,7 Mio.t/a

Sondermüll 6,4 Mio. t/a

Schlämme 11,2 Mio.t/a

sonstige Industrieabfälle 39,7 Mio.t/a

Bodenaushub, Bauschutt 725,8 Mio.t/a

Zur Abfallwirtschaft

Inhalt:

Erklärung der DKP zur Abfallwirtschaft	Seite 3
Eröffnung der Müllberatung durch Werner Stürmann	Seite 11
Abfallpolitisches Konzept der DKP	
Referat von Dr. Jörg Heimbrecht	Seite 13
– Müllanfall in der BRD	Seite 14
– Müll und ökologische Krise	Seite 20
– Müllpolitik in der BRD	Seite 22
– Den ökologischen Umbau gegen Konzerne und SM-Staat durchsetzen	Seite 30

**Herausgeber: Parteivorstand der
Deutschen Kommunistischen Partei,
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Prinz-Georg-Straße 79, 4000 Düsseldorf
Verantwortlich: Gerd Humbach
Druck: Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss
August 1988**

Erklärung der DKP zur Abfallwirtschaft

1. Zur Lage

Nicht nur durch Atommüll — hierzu hat die DKP ihre Forderungen schon früher publiziert —, sondern auch durch andere Produktionsabfälle werden die Einwohner ganzer Landstriche bedroht. Immer wieder wurde in den vergangenen Jahren und Monaten die Bevölkerung unseres Landes aufgeschreckt durch Gefahren, die von undichten Mülldeponien, bebauten Altgiftmülldeponien und von Schadstoffen aus Müllverbrennungsanlagen ausgingen.

Die bekanntgewordenen Skandale zeigen nur die Spitze eines Eisberges. Noch immer werden in unserem Land mit staatlicher Erlaubnis jährlich rund 220 Millionen Tonnen Müll produziert, darunter nach verschiedenen Quellen zwischen 4,8 und 6,4 Millionen Tonnen gefährlicher Chemieabfälle und Schwermetalle. Sie werden auf unzureichend abgesicherten Deponien gelagert, obwohl damit große Gefahren für Mensch und Umwelt verbunden sind. Sie werden in zum größten Teil unausgereiften und ungeeigneten Verbrennungsanlagen verbrannt. Dabei entstehen neue Ultragifte und große Mengen weiterer Schadstoffe, die zur Luftverschmutzung und damit zum Waldsterben ebenso beitragen wie zur Verschmutzung des Bodens und der Gewässer.

Noch immer erfolgt die „Entsorgung“ von Abfällen einschließlich Produktionsabfällen zum großen Teil durch Privatbetriebe, denen Profit wichtiger ist als unser Leben und unsere Gesundheit. Noch immer findet eine ausreichende Kontrolle nicht statt. Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes verschwinden jährlich 1,3 Millionen Tonnen Giftmüll spurlos. Ihr Verbleib kann von den zuständigen Behörden nicht mehr festgestellt werden.

Noch immer wird mit staatlicher Duldung auch dort Müll und sogar Giftmüll produziert, wo technische Möglichkeiten zu seiner Vermeidung vorhanden sind, weil das für die Großindustrie profitabler ist. Denn sie hat die Folgen der Umweltvergiftung nicht zu tragen. Die hemmungslose Aus-

plünderung der Länder der 3. Welt durch Großbanken und multinationale Konzerne hat mit dazu beigetragen, daß von dort importierte Rohstoffe auf dem internationalen Markt immer billiger zu haben sind. Eine Folge: Teurere Sekundärrohstoffe aus Abfällen sind in unserem Land immer weniger gefragt. Die Müllmenge nimmt ständig zu.

Die Bundesregierung wird an diesem Zustand kaum etwas ändern. Bundesumweltminister Töpfer setzt weiter auf freiwillige Maßnahmen der Müllverursacher. Das Großkapital ist aber, wie die Vergangenheit bewiesen hat, ohne Zwang nicht bereit, notwendige und teure Maßnahmen zur Müllverhinderung und Abfallwiederverwendung zu ergreifen. Dabei fahren die größten Giftmüllproduzenten, die Großkonzerne der chemischen Industrie mit den Großbanken, die höchsten Gewinne ein. Sie wären dazu in der Lage, jährlich viele Milliarden DM zusätzlich für die Vermeidung von Giftmüll und die Sanierung der von ihnen produzierten Altlasten auszugeben. Dadurch könnten gleichzeitig Hunderttausende sinnvolle Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

2. Grundsätzliche Ziele der DKP

Die DKP fordert als Ziel einer alternativen Müllverhinderungs- und Müllverminderungspolitik:

Auch beim Müll ist die beste Lösung die Null-Lösung. Im Interesse des Schutzes unserer Lebensgrundlagen und der natürlichen Ressourcen ist es deshalb notwendig, zunehmend abfallfreie und abfallarme Technologien zu entwickeln und einzusetzen. Damit Gesundheit und Leben der Menschen und ihrer Umwelt endlich Vorrang erhalten vor Profitinteressen, müssen besonders die Konzerne dazu gezwungen und die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden.

Ziel der Müllverhinderungs- und Müllverminderungspolitik muß es sein, daß langfristig nur noch Abfälle in die Umwelt abgegeben werden, die entweder für die natürlichen Stoffkreisläufe und den Menschen nachweislich unschädlich sind oder die von der Natur und in der Natur ohne Schädigungen der Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen zu unschädlichen Endprodukten abgebaut werden.

Ebenso muß erreicht werden, daß alle produzierten Waren so beschaffen sind, daß sie einer umweltverträglichen Wiederverwertung zugeführt werden können.

Damit unsere Lebensgrundlagen erhalten bleiben, unterstützt die DKP alle Schritte, die dazu beitragen, daß diese Ziele möglichst schnell erreicht werden.

Wir Kommunisten gehen davon aus, daß diese Ziele in einer Gesellschaftsordnung, in der keine Profitinteressen einer gesamtgesellschaftlichen Planung des Umgangs mit den natürlichen Ressourcen im Wege stehen, leichter zu erreichen sind. Wir verbinden deshalb unser Eintreten für eine Null-Lösung beim Müll und eine Null-Gefährdung unserer Lebensgrundlagen mit dem Kampf für grundsätzliche gesellschaftliche Veränderungen, die die Konzernmacht einschränken und schließlich überwinden. Umweltprobleme sind globale Probleme. Sie machen an Staats- und Systemgrenzen nicht halt. Ihre Lösung erfordert ein neues Denken und Handeln über die Grenzen hinweg. Sie macht auch international koordinierte Abkommen zur Reduzierung und Überwindung auch der Gefahren notwendig, die sich aus der Müllproduktion ergeben. Die DKP fordert: Die Produktionsverlagerung von Stoffen, die für Mensch und Umwelt gefährlich sind, von Produktionsverfahren, bei denen entsprechende Abfälle anfallen und der Export von Giftmüll ins Ausland sind durch gesetzliche Regelungen und wirksame Kontrollmaßnahmen zu unterbinden.

Alle Forderungen zur Verhinderung wie zur Verringerung von Abfällen müssen in unserem Land gegen die Profitinteressen der Großindustrie und ihre politischen Vertreter besonders in der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien durchgesetzt werden. Gegen sie muß der politische Druck verstärkt, muß ein alternatives Müllverhinderungs- und Entsorgungskonzept erkämpft werden. Die Chancen dafür wachsen mit dem Erfolg der Friedenskräfte, mit der Konversion von Kriegs- zu Friedensproduktion.

3. Mittelfristige Ziele der DKP

Als mittelfristige Ziele schlägt die DKP vor:

Um eine effektive Kontrolle des Müllanfalls und seiner weiteren Verwendung zu ermöglichen, werden alle produzierenden Betriebe verpflichtet, eine Energie- und Stoffbilanz vorzulegen. Sie müssen alle im Betrieb verarbeiteten Rohstoffe, alle daraus erzeugten Produkte und alle in der Produktion entstehenden Abprodukte nach Menge und Qualität dokumentieren.

Jeder Betrieb muß voll für alle Schäden haften, die durch seinen Müll entstanden sind und/oder in Zukunft entstehen werden. Um das Verursa-

cherprinzip in Zukunft durchzusetzen, hat jeder Betrieb für alle von ihm produzierten Abfälle eine Umweltsteuer an den Staat zu zahlen. Sie soll so bemessen sein, daß damit nach derzeitigem Kenntnisstand alle denkbaren Folgeschäden umweltverträglich beseitigt werden können. Über ihre Höhe müssen Gewerkschaften, demokratische Umweltorganisationen sowie Wissenschaftler ihres Vertrauens mitentscheiden.

Der entstehende Müll ist soweit wie möglich wiederzuverwenden. Es sind Verfahren zu entwickeln, besonders chemische Abfälle als Sekundärrohstoffe zu nutzen. Diese Maßnahmen können nicht nur die Umwelt entlasten und Rohstoffe sparen helfen. Sie können gleichzeitig dazu beitragen, innerhalb kürzester Zeit Hunderttausende von sinnvollen Arbeitsplätzen neu zu schaffen.

Zur umweltverträglichen Nutzung heute noch nicht verwertbarer Müllsorten wird an den Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen ein Schwerpunktforschungsprogramm eingerichtet, das von den großen Müllverursachern per Umlage zu finanzieren ist und das Tausenden von Wissenschaftlern Arbeitsplätze sichert.

Die Durchsetzung auch von Teilzielen für eine an den Interessen der Bevölkerung orientierte Abfallwirtschaft setzt die Veröffentlichung aller Umweltdaten und die Einschränkung der alleinigen Entscheidungsbefugnis der Konzerne und ihrer politischen Vertreter voraus. Die DKP fordert: Für alle Produktionsverfahren mit Müllanfall, für jede Genehmigung von Mülltransport, -lagern, -deponien und -verbrennung ist eine demokratische Mitbestimmung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Arbeitern und betroffener Bevölkerung gesetzlich festzuschreiben. Sie müssen gegen alle staatlichen wie betrieblichen Entscheidungen ein Vetorecht erhalten. Alle Unterlagen über Zusammensetzung, Menge und Abfall von Müll sind zu veröffentlichen.

4. Giftmüll gefährdet unsere Lebensgrundlagen

Ein besonders schwerwiegendes Problem für unsere Lebensgrundlagen kann aus der zunehmenden Giftmüllproduktion erwachsen. Hier ist ein neues Denken und Handeln besonders dringend erforderlich. Die DKP fordert:

Chemie- und sonstiger Sondermüll gilt nur dann als „entsorgt“, wenn er vollständig und ohne Gefahren für die Umwelt als Sekundärrohstoff in die Produktion zurückgeführt oder in für Menschen und seine Umwelt nach-

gewiesen unschädliche Bestandteile zerlegt ist. Für alle Stoffe, für die das heute noch nicht möglich ist, werden keine Enddeponien, sondern nur noch rückholbare, kontrollierbare und reparierbare Zwischenlager, möglichst auf dem Betriebsgelände oder in Betriebsnähe, genehmigt, in denen sie unter größtmöglicher Sicherheit nach Abfallsorten getrennt solange gelagert werden, bis ihre umweltverträgliche Verwertung erfolgen kann. Von Seiten des Umweltministeriums und der Großindustrie wird die Giftmüllverbrennung als die einzig sichere Möglichkeit seiner Beseitigung dargestellt. Die DKP erklärt dazu:

Die Verbrennung von hochgiftigem Sondermüll kann zu einer Reduzierung seiner Gefährlichkeit und seines Volumens beitragen. Voraussetzung dafür sind allerdings ausreichend hohe Verbrennungstemperaturen zu jeder Zeit und an jedem Ort der Verbrennungskampagne und die Nutzung aller technischen Möglichkeiten zur Verminderung entstehender gasförmiger und staubförmiger Schadstoffe. Da in den Abgasen bestehender Anlagen immer wieder Dioxine und andere giftige Stoffe gefunden wurden, müssen Auflagen und ihre Einhaltung durch demokratische Mitbestimmung und Kontrolle von Bevölkerung und Gewerkschaften gewährleistet werden.

Aber auch die beste Müllverbrennungsanlage arbeitet nicht schadstofffrei. In der Regel fallen aus dem Abgas herausgefilterte Gifte als Müll, zum Teil als Sondermüll an. Technisch ist heute unvermeidbar, daß erhebliche Teile der Abgase in die Atmosphäre geraten und so zur Vergiftung der Luft beitragen. Stoffe, die durch chemischen Umbau als neue Rohstoffe eingesetzt werden können, sind deshalb von der Verbrennung auszuschließen.

Insbesondere in Städten und Gemeinden mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit versuchen Bundes- und Landesregierungen gemeinsam mit Vertretern der Großindustrie neue, sogenannte „Entsorgungszentren“ durchzusetzen, die sich bei näherem Hinsehen als nichts anderes entpuppen, als neue Lagerstätten für Giftmüll mit angeschlossenen Verbrennungsanlagen. Durch immer neue „Entsorgungszentren“ sollen für die Giftmüllproduzenten Möglichkeiten geschaffen werden, ihre Abfälle so billig wie möglich loszuwerden. Produktionsverfahren, bei denen Giftmüll anfällt, werden dadurch profitabler.

Die DKP will dazu beitragen, daß diese Entwicklung aufgehalten wird. Sie macht deshalb ihre Zustimmung zum Bau und zur Inbetriebnahme neuer Sondermüllverbrennungsanlagen und Sondermüllendlager davon abhängig, daß zuvor gesetzliche Schritte eingeleitet wurden, die die Betriebe zur Entwicklung und Einführung umweltverträglicher Produkte und Produktionsverfahren zwingen.

5. Hausmüll vermindern und verwerten statt neue Deponien und Verbrennungsanlagen

Das Gesamtkonzept der DKP zur Verhinderung und Verminderung von Müll schließt das Problem des Hausmülls ein, an dem viele Kommunen sprichwörtlich ersticken. Die DKP erhebt folgende Forderungen:

Auch bei Hausmüll hat die Vermeidung Vorrang vor Verwertung und die Verwertung Vorrang vor der Beseitigung. Durch getrenntes Sammeln von Hausmüllarten (Glasbruch, Papier) können erhebliche Deponienflächen eingespart und durch die Nutzung wiederverwertbarer Müllbestandteile Tausende von Arbeitsplätze neu geschaffen und kostbare Rohstoffe eingespart werden.

Bei der Verbrennung von Hausmüll bilden sich große Mengen Luftschadstoffe und z. T. sogar neue Ultragifte, wie das Seveso-Dioxin. Filterstäube und Verbrennungsrückstände sind so giftig, daß sie als Sondermüll beseitigt werden müssen. Je mehr Müllbestandteile wieder verwendet werden, desto geringer wird der Brennwert des Mülls und desto unrentabler wird die Müllverbrennung. Haushaltsabfälle, aus denen Papier und Kunststoff aussortiert wurden, brennen nur, wenn mit wertvollen Rohstoffen (Glas, Öl) zugefeuert wird. Auch für Hausmüll ist die Müllverbrennung aus diesen Gründen nur in Ausnahmefällen zuzulassen.

Abgase aus Mülldeponien können ebenfalls zu einer Gefährdung von Mensch und Umwelt führen. Die DKP fordert deshalb, alle bestehenden und zukünftigen Mülldeponien zu entgasen. Die entstehenden brennbaren Abgase müssen bei ausreichend hohen Verbrennungstemperaturen z. B. in Kraftwerken verbrannt und mit modernsten Filteranlagen gereinigt werden. Nur so können Schwelbrände auf Deponien mit hoher Luftbelastung und Bildung von Ultragiften verhindert werden.

Die umweltverträgliche Verwertung ist für die Kommunen auf Dauer billiger als das Verbrennen oder das Deponieren von Hausmüll. Das gilt besonders dann, wenn die längerfristigen gesellschaftlichen Folgekosten der traditionellen Müllbeseitigung mit berücksichtigt werden. Denn Müllverbrennung kann Gesundheitsschäden bei Menschen und Tieren hervorrufen und trägt mit zum Sterben unserer Wälder bei. Und für die Endlagerung des gesamten Mülls werden riesige Flächen benötigt, die anderweitig auf Jahrzehnte hinaus nicht genutzt werden können. Auch die Dichtigkeit von Hausmülldeponien muß für lange Zeit gewährleistet werden, sonst kann es zur Gefährdung von Grundwasser kommen. Sanierungskosten in Millionenhöhe belasten schon heute in vielen Kommunen die Etats. Die Behauptung, daß umweltverträgliche Müllentsorgung teurer ist,

stimmt also nicht. Wir Kommunisten wenden uns auch deshalb entschieden gegen jeden Versuch, die Gebühren für die kommunale Müllabfuhr zu erhöhen.

Durch Privatisierung der Müllabfuhr läßt sich auch die Verminderung und umweltverträgliche Beseitigung von Hausmüll nicht erreichen. Private Unternehmer werden stets ihre Profitinteressen über die Interessen der Bevölkerung stellen, weil sie durch den Markt dazu gezwungen werden. Auch aus diesem Grund wendet sich die DKP entschieden gegen alle Pläne, die in diese Richtung zielen.

6. Die Sofortforderungen der DKP

Viele wichtige Tagesforderungen zur Reduzierung der Müllgefahren werden von Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Grünen und Bürgerinitiativen gemeinsam getragen.

Dazu tragen erhebliche Widersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie bei. Denn nicht alle Großkonzerne sind gleichmäßig an der Umweltvergiftung durch gefährlichen Müll beteiligt. Und durch die Verschärfung der bestehenden Umweltprobleme hat sich teilweise auch im Interesse der Mehrzahl der Monopole ein unumgänglicher Handlungsbedarf ergeben. Schließlich entwickelt sich durch die dringend notwendige Sanierung von Altdeponien, für die mehrere zehn Milliarden DM ausgegeben werden müssen, ein neuer Markt, der auch für die größten multinationalen Konzerne interessante Dimensionen hat. Die Chancen, zumindest einige der wichtigsten Tagesforderungen gegen das Bündnis aus Bundesregierung und Giftmüllproduzenten durchzusetzen, sind deshalb nicht schlecht. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften treten wir für die schnelle Durchsetzung folgender Ziele ein:

Der Staat muß Vorbild werden. Betriebe in öffentlichem Eigentum müssen, soweit es der Stand von Wissenschaft und Technik erlauben, umweltverträglich und ressourcensparend produzieren. Bund, Länder und Gemeinden dürfen nur die jeweils umweltverträglichsten Produkte kaufen. Die Bundesregierung muß ein Sofortprogramm Altlasten beschließen, um die größten Gefahren durch undichte Mülldeponien abzuwenden. Wo eine umweltverträgliche Beseitigung der Altlasten nicht möglich ist, ist der Müll von unsicheren Deponien in möglichst sicheren Zwischenlagern zu lagern. Wo eine Umlagerung wegen der Gefährdung von Menschen und Umwelt heute noch nicht möglich ist, sind sie soweit wie möglich abzudichten und zu versiegeln. Die 17 Milliarden DM, die nach Angaben des Umweltbundesamtes innerhalb der nächsten 10 Jahre für die Sanierung

von alten Industriemülldeponien aufgewendet werden müssen, dürften dafür eher zu niedrig bemessen ein. Damit würden 23000 Arbeitsplätze für 10 Jahre neu geschaffen. Die DKP tritt dafür ein, die Kosten nach dem Verursacherprinzip den Konzernen aufzubürden. Wo Verursacher noch nicht festgestellt werden konnten, hat der Staat die Verantwortlichen zu suchen und Vorleistungen zu erbringen, bis sie gefunden sind.

Die DKP fordert ein sofortiges Verbot der Verklappung und der Verbrennung von Müll — insbesondere Industriemüll — auf den Meeren.

Die Nutzung heute schon vorhandener Technologien für geschlossene Stoffkreisläufe, bei denen keine Abfälle anfallen, ist sofort vorzuschreiben.

Wo heute schon umweltverträgliche Produkte hergestellt werden können, sind umweltschädliche Konkurrenzprodukte sofort zu verbieten (z. B. Asbest).

Ist von Produkten oder in der Produktion anfallenden Abfällen bekannt, daß sie den Menschen und seine Umwelt gefährden und daß sie nicht umweltunschädlich beseitigt werden können, ist die Produktion einzustellen. Die DKP tritt deshalb für ein sofortiges Totalverbot aller Substanzen ein, bei deren Herstellung und Verarbeitung Dibenzodioxine, Dibenzofurane oder ähnlich gefährliche Stoffe anfallen. Die Betriebe müssen gesetzlich verpflichtet werden, für die von Betriebsschließungen Betroffenen Ersatzarbeitsplätze bei voller sozialer Absicherung zu schaffen.

Produkte, die überflüssig sind, nur aus Profitinteresse produziert werden und zur Vergeudung der Rohstoffvorräte und Verschmutzung oder Vergiftung der Umwelt beitragen (z. B. Einwegflaschen, große Teile der Verpackungsmaterialien usw.), sind ebenfalls zu verbieten.

Eröffnung der Müllberatung der DKP am 4. 10. 1987 in Mainz, Werner Stürmann, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats

Liebe Freundinnen und Freunde!

Liebe Genossinnen und Genossen!

Diese Beratung des Parteivorstandes der DKP zu Fragen der Müllverhinderung und -beseitigung ist einem sehr fachspezifischen, aber zugleich sehr allgemeinen politischen und gesellschaftlichem Thema gewidmet. Es ist heute schon, vor allem auf kommunaler Ebene, ein wesentliches Thema der Auseinandersetzung und es ist mit Sicherheit ein großes Zukunftsthema auf allen Ebenen und Feldern der Politik, ein nationales, ein internationales Thema. Wir müssen es einordnen in die Palette jener Fragen, die für die Zukunft der Menschheit gelöst werden müssen, angesichts eines insgesamt „überlasteten Weltzustands“ (Gorbatschow auf dem 27. Parteitag der KPdSU).

Und so, wie es insgesamt bei der Komplexität dieser Fragen ist, so ist es auch hier beim Müllproblem:

Lösungen erfordern die Einbeziehung aller Betroffenen, von Wissenschaft und Politik. Nur in einem solchen Prozeß läßt sich ein Konzept gemeinsam erarbeiten, das in sich schlüssig ist.

Lösungen auf einem Gebiet sind nur im Zusammenhang der Untersuchung der Auswirkungen auf anderen Gebieten wirkliche Lösungen. Der vor Ort entstandene und per „Demokratisierungsinstrumenten“ national oder international verteilte Müll löst gar nicht, er verteilt nur die Folgen, er erhöht nur die Transportkosten und -gefahren. Dieses St. Florians-Prinzip ist unsolidarisch und auch kurzfristig, weil die ganze Menschheit zusammen betroffen sein wird. Und sei es nur in der Form, daß unsere Kinder, die nachfolgenden Generationen unsere Kurzatmigkeit, unsere Kurzsichtigkeit erleben werden.

Deswegen:

Lösungen erfordern viel Fachwissen, technologische Verfahren usw. Sie erfordern aber genauso und noch mehr Verantwortung und Moral, ein Durchdenken unserer ethischen Begründungen.

Das sind Gesichtspunkte, die wir als Kommunistinnen und Kommunisten beachten wollen bei der heutigen Diskussion, bei der Diskussion des Entwurfs der DKP zur Abfallwirtschaft.

Ich sagte eben, daß das Müllproblem nicht isoliert, nicht allein als Expertenproblem auf einem Feld betrachtet und gelöst werden kann.

Es ist ein internationales Problem und bedarf daher der internationalen

Kooperation. Insofern sind Schritte zur Friedenssicherung, das jetzt mögliche Abkommen zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen und der dadurch ausgelösten Dynamik für dringend erforderliche weitere Abrüstungsschritte ein Schlüssel auch zur Bewältigung „unseres Müllproblems“. Internationale Kooperation materialisiert sich bei der Bewältigung der globalen Probleme.

Es ist natürlich ein Umweltproblem. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an unsere Thesen, insbesondere an die These 19, in der wir von der ökologischen Krise sprechen, die sich zu einer ökologischen Katastrophe weiterentwickeln kann. Das muß entscheidend unser Herangehen bestimmen.

Es ist praktisch ein wichtiger Teil der Kommunalpolitik.

Vor Ort müssen wir als DKP, müssen alle demokratischen Kräfte als konsequenteste, als kompetenteste und glaubwürdigste Kraft in dieser Frage wirken. Dabei ist heute schon klar, daß nicht der die meiste Kompetenz und Glaubwürdigkeit aufweisen kann, wer die meisten Müllverbrennungsanlagen und Deponien fordert, sondern nur der, der am besten Wege zur Null-Lösung des Müllproblems aufzeigt und bis zu diesem Punkt die umweltverträglichsten Maßnahmen vorschlägt.

Es ist insgesamt in dem dargestellten breiten Sinne ein Problem konsequenter Arbeiterpolitik, Interessenvertretung der arbeitenden Menschen. Zunächst und wesentlich deswegen, weil die Arbeiterklasse, das Volk am stärksten Leidtragende einer katastrophalen Umweltpolitik und Abfallwirtschaft ist. Und zugleich deswegen, weil durch ein Bündel konsequenter Maßnahmen Arbeitsplätze sinnvoll geschaffen werden können.

Deswegen sind wir dafür, daß in einem 100 Milliarden-Investitions- und Beschäftigungsprogramm die Entwicklung einer sinnvollen Abfallwirtschaft eine erstrangige Bedeutung haben muß.

Und schließlich ist das Müllproblem eine Frage der Demokratisierung. Denn ohne breiteste Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung, ohne Mitbestimmungs- und Vetorechte von Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, ohne die Nutzung vorhandener und die Schaffung neuer Planungs-, Entscheidungs- und Kontrollinstrumente, ohne entschieden mehr „Glasnost“ in betriebliche und behördliche Planungen und Abläufe ist kein Fortschritt möglich. Die Losung: „Kommunisten in die Rathäuser, damit man draußen sieht, was drinnen passiert“ könnte in diesem Zusammenhang aktualisiert werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen, mit dieser Beratung sind wir bestrebt, unseren Beitrag für eine der Zukunft gerecht werdende Lösung zu leisten. Wir wissen, daß wir selber dafür sehr an uns selber arbeiten müssen, daß wir auf diesem Feld der Umweltpolitik handlungsfähiger werden müssen, sowohl hinsichtlich unserer eigenständigen Aktionen als auch unserer Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Bündnissen.

Ich bin davon überzeugt, daß wir, aufbauend auf unsere eigenen Erfahrungen, lernend von den Erfahrungen anderer und nutzend unsere wissenschaftlichen Grundlagen und Potenzen sowie die Erkenntnisse anderer Kräfte insgesamt und mit dieser Beratung Schritte vorangehen können.

Referat von Dr. Jörg Heimbrecht, Leiter der Umweltschutzkommission beim Parteivorstand der DKP, auf der Müllberatung der DKP am 4.10.1987:

Abfallpolitisches Konzept der DKP

A. Einleitung

Nahezu täglich werden wir von Meldungen über umweltgefährdende Ablagerungen von Chemiemüll aufgeschreckt. Das Seveso-Gift Dioxin, das aus der Hamburger Mülldeponie Georgswerder ausläuft und Meldungen über die undichte Giftmülldeponie Münchehagen dürften nur die Spitze eines Eisbergs darstellen.

In Bielefeld-Brake, Dortmund-Dorstfeld und anderen Städten wurden Wohnsiedlungen auf ehemaligen Deponien gebaut. Die Bewohner sind von Gesundheitsschäden durch austretende Gifte bedroht. Auch wir Kommunisten werden gefragt: Was soll mit diesen Deponien geschehen? Wie kann die Gefahr für Mensch und Umwelt drastisch verringert werden?

Viele Kommunalpolitiker, darunter lange nicht nur Genossinnen und Genossen unserer Partei, stehen vor dem Problem, daß bestehende Mülldeponien überfüllt sind, neue Deponien aber wichtige Naherholungsgebiete zerstören würden. Und Müllverbrennungsanlagen arbeiten nur mit erheblicher Umweltbelastung und sind ausgesprochen teuer. Was aber soll mit der wachsenden Mülllawine geschehen? Wie groß ist die Gefährdung wirklich? Gibt es Lösungen für das Müllproblem? Mit wem und gegen wen müssen wir für diese Lösungen kämpfen?

B. Müllanfall in der BRD

Insgesamt fallen pro Jahr bei uns ca. 220 — 240 Mio. t Müll an. Es hat sich eine deutliche Tendenz zur Verlagerung von einem Bereich der Umweltbelastung in einen anderen entwickelt. Schlämme aus Kläranlagen z. B. nehmen mit Zahl der Kläranlagen zu. Gips und andere Produkte von Abgasentschwefelungsanlagen werden in Zukunft ebenfalls zu einer Erhöhung der Müllmenge beitragen.

1. Industriemüll

Die Industrie ist für den größten Teil des Mülls verantwortlich: Nach Angaben aus dem Materialienband „Daten zur Umwelt 1984“, der vom Umweltbundesamt herausgegeben wurde, hat sich in der Zeit von 1975 bis 1980 der Müllanfall aus Industrie und Gewerbe von 119,0 Millionen Tonnen auf 203,6 Millionen Tonnen erhöht. Das ist eine Steigerung um 59 Prozent innerhalb von nur fünf Jahren. 1982 wurde erstmals ein Rückgang auf 193,6 Mio. t. beobachtet.¹⁾ Bis 1984 kam es dann wieder zu einer Zunahme auf 198,3 Mio. t. Besonders die Abfallmenge an Säuren, Laugen, Chemikalienresten, organischen Abfällen und Schlämmen wird immer größer.²⁾

Nur 13 % aller Industrie- und Gewerbeabfälle werden wiederverwendet. Viele Möglichkeiten, die wissenschaftlich-technisch schon heute vorhanden sind, werden nicht genutzt, weil die Müllproduktion profitabler ist als die Verwendung von Abfällen als Sekundärrohstoffe.

a) Sondermüll

Bei Sonderabfällen handelt es sich um besonders problematische Müllsorten. Also um hochgiftige, biologisch schwer abbaubare, zum Teil krebs-erzeugende und die Erbanlagen schädigende Abfallstoffe aus der chemischen Industrie, der Kernindustrie usw.

Nach dem oben zitierten Bericht des Umweltbundesamtes (UBA) von 1984 fallen bei uns pro Jahr 6,4 Millionen Tonnen Sonderabfälle an. Nach anderen Untersuchungen sind es zwischen 2,7 und 4,5 Millionen Tonnen. Einen genauen Überblick hat auch die Bundesregierung nicht.

Nach Angaben des UBA wurden 0,14 Millionen Tonnen mehr exportiert als importiert. 4,9 Millionen Tonnen wurden auf qualifizierten Beseitigungsanlagen entsorgt, wobei auch die Giftmülldeponie in Hamburg-Georgswerder, aus der größere Mengen Dioxin aussickern, als qualifizierte Beseitigungsanlage gilt. 1,3 Millionen Tonnen hochgiftiger Sonderabfälle verschwinden also pro Jahr spurlos, wenn man die Zahlen des UBA zugrunde legt.

Möglichkeiten zur drastischen Sondermüllverringerung werden von der verantwortlichen Industrie kaum genutzt, weil das nur wenig profitträchtig ist. Dabei sind weniger gefährliche Ersatzstoffe, z.B. für die biologisch schwer abbaubaren und oft krebs erzeugenden chlorierten Lösungsmittel, oft heute schon vorhanden.

Die größten Müllverursacher machen häufig die größten Profite. Der ausgewiesene Reingewinn beim Bayer-Konzern z.B. liegt bei jährlich über 3 Milliarden DM. Weil Umweltschutzinvestitionen bei uns steuerfrei sind, bedeutet das, daß dieser Konzern Jahr für Jahr 3 000 Millionen DM zusätzlich für den Umweltschutz investieren könnte, ohne Verluste zu machen. Dadurch würde nicht nur die Umwelt erheblich entlastet, es würden auch Tausende Arbeitsplätze alleine in den Bayer-Betrieben neu geschaffen.

Auch Forschungsprogramme für die Entwicklung neuer, abfallfreier oder abfallarmer Technologien fehlen bei uns weitgehend.

Nur rund 10 % des Sondermülls werden wiederverwertet, obwohl heute die technischen Möglichkeiten oft — wenn auch noch nicht in jedem Fall — vorhanden sind. Der Grund: Die Schadstoffabgabe in die Umwelt ist in der Regel profitabler.

Beispiel Perchlorethylen: Es steht im Verdacht, Krebs auszulösen. Die Produktion beträgt in der BRD pro Jahr 85 200 t. Davon werden 24% in chemischen Reinigungen verwendet. Der Rest wird überwiegend in der Metallentfettung und in der chemischen Produktion genutzt. Für viele Anwendungen stehen weniger gefährliche Alternativen zur Verfügung. Wo ein Ersatz nicht oder noch nicht möglich ist, kann Perchlorethylen mit den heutigen technischen Mitteln fast vollständig zurückgewonnen werden. Das ist auch z.B. in Schweden Vorschrift. Nicht aber in der BRD. Hier gelangen nach einer unveröffentlichten Studie des Umweltbundesamtes 80 — 100 % davon in die Umwelt.³⁾ Bei anderen Chlorkohlenwasserstoffen, die auch oft Krebs erzeugen, sieht die Situation ähnlich aus. Oft gibt es sogar eine staatliche Erlaubnis für die Ablagerung auf Deponien oder für die Ableitung in Luft und Wasser.

Abfallbeseitigungsbetriebe für Industriemüll und teilweise auch für Hausmüll befinden sich bei uns entweder ganz in Privatbesitz oder sie sind halbstaatlich und arbeiten ebenfalls nach dem Profitprinzip. Die Eigentümer dieser Betriebe haben ein großes ökonomisches Interesse daran, die Kosten für die Verbrennung oder Ablagerung der Abfälle so gering wie möglich zu halten. Da selbst die unzureichenden staatlichen Auflagen kaum kontrolliert werden, besteht die Gefahr, daß sie aus Profitinteresse umgangen werden.

Auch die Sachverständigen der Bundesregierung gehen davon aus, daß von den Sonderabfällen erheblich Gefahren ausgehen. Sie sprechen von einem „Sonderabfall-Tourismus“, der zu unzulänglich ausgestatteten Abfallbeseitigungsanlagen stattfindet. Für einen „erheblichen Teil der Son-

derabfälle“ stehen — so schreiben sie — „qualifizierte Beseitigungsanlagen noch nicht zur Verfügung“. 4)

Sonderabfälle sind oft ohne Luft und Licht biologisch überhaupt nicht abbaubar. In der belebten Umwelt haben sie extrem lange Halbwertzeiten. Daraus ergibt sich, daß oberflächennahe Deponien das Problem nicht endgültig lösen können. Sie sind immer nur Zwischenlager mit begrenzter Haltbarkeit. Jede Deponie für Sondermüll wird eines Tages zur Altlast, die mit großen Kosten saniert werden muß. Sondermüll wird trotzdem in riesigen Mengen auf Deponien abgelagert, weil die Verursacher von der Großindustrie die volkswirtschaftlichen Folgekosten nicht bezahlen müssen und weil die staatlichen Gesetze und Vorschriften den industriellen Müllverursachern gestattet, ihre Profitinteressen über unsere Lebensinteressen zu stellen.

Zur Müllverbrennung: Die Verbrennung von hochgiftigem Sondermüll kann zu einer Reduzierung seiner Gefährlichkeit und seines Volumens beitragen. Voraussetzung dafür sind allerdings ausreichend hohe Verbrennungstemperaturen zu jeder Zeit und an jedem Ort der Verbrennungskammer. Diese Bedingungen werden in der Praxis aber oft nicht eingehalten, weil niedrigere Temperaturen billiger zu erreichen sind (weniger Brennstoffverbrauch) und die Technik bei einigen Anlagen noch nicht voll ausgereift ist. Auch die beste Verbrennung führt nicht zu einer Vernichtung von Abfall. Der Müll wird lediglich von einer chemischen Form in eine andere überführt. Dabei entstehen große Mengen Kohlendioxid, Schwefeldioxid, Stickoxide, Chlorwasserstoff und anderer Schadstoffe. Nicht-brennbare Bestandteile bleiben als Asche und Schlacke zurück. Müllverbrennung trägt also zu einer Zunahme der Luftverschmutzung bei. Werden Filter eingebaut, die einen Teil der neu entstehenden Luftschadstoffe ausfiltern, fallen große Mengen giftiger Filterstäube und anderer Filtermassen an, die — ebenso wie Verbrennungsrückstände — in der Regel wieder deponiert werden müssen. Die Müllverursacher müssen nur die Kosten für die Verbrennung bezahlen und nicht die Folgekosten, die durch Abgase oder bei der Verbrennung oder durch feste Abfallstoffe, die bei der Verbrennung auftreten. Deshalb ist Müllverbrennung für sie oft trotzdem profitabel.

Wenn er nicht als Sekundärrohstoff in die Produktion zurückgeführt und damit chemisch entgiftet werden kann, gibt es also keine Möglichkeit, Sondermüll umweltunschädlich zu beseitigen oder zu „entsorgen“. Ziel der Müllpolitik muß deshalb werden, zu verhindern, daß Giftmüll überhaupt anfällt.

Für heute schon angefallenen Sondermüll fordern wir, daß er solange nach Abfallsorten getrennt in rückholbaren, kontrollierbaren und reparierbaren Zwischenlagern gelagert wird, bis seine umweltschonende Verwertung möglich ist.

2. Hausmüll, Klärschlämme aus kommunalen Kläranlagen

Der Müllanfall der Haushalte ist in den vergangenen Jahren mit etwa 30 Millionen Tonnen in etwa konstant geblieben.

Viel Hausmüll (Verpackung, Einwegflaschen, Getränkedosen aus Alu usw.) ist überflüssig und könnte sofort eingespart werden. Er wird aber produziert, weil das für die Hersteller profitabel ist.

1975 beanspruchte der Hausmüll fast 50% des gesamten angefallenen Abfallvolumens. Rund zwei Drittel dieses Mülls werden unbehandelt auf Deponien abgelagert. Riesige Flächen, die nicht selten früher als Naherholungsgebiete genutzt wurden, werden verschandelt.

Auch hinsichtlich seiner Zusammensetzung ist Hausmüll keine unwichtige Abfallfraktion. Er hat vielfältige Bestandteile, die dazu oft auch noch verbunden anfallen (z. B. Verpackungen, die aus Pappe und Kunststoff bestehen), was die gezielte Verwertung erschwert.

Die Wiederverwendung von Hausmüllbestandteilen ist am besten möglich, wenn die Einzelbestandteile schon im Haushalt gesondert gesammelt werden. Nur dann können organische Abfälle (Küchen- und Gartenabfälle) kompostiert und als Dünger genutzt werden.

Abfall auf Hausmülldeponien enthalten hohe Schwermetallfrachten, die von eingeschleppten Metallteilen, z. T. aber auch von auf den gleichen Deponien abgelagertem Gewerbe- und Industriemüll stammen und einen hohen Anteil schwer abbaubarer Stoffe (vor allem Kunststoffe).

Die Wiederverwendung von Hausmüllbestandteilen befindet sich überwiegend in privater Hand. Genutzt wird also nur das, was auch profitabel verwertbar ist. Wir halten, wie die Gewerkschaft ÖTV, die Nutzung von Hausmüllbestandteilen für eine kommunale Aufgabe.

Ein zunehmendes Müllproblem sind die bei der Abwasserreinigung anfallenden Klärschlämme. Weil in Zukunft 95% der anfallenden Abwässer mechanisch-biologisch gereinigt werden sollen, werden in Zukunft jährlich etwa 50 Millionen Kubikmeter kommunaler und 30 Millionen Kubikmeter industrieller Klärschlämme anfallen.

Im Pinzip sind zumindest Klärschlämme aus kommunalen Kläranlagen hervorragend zur Düngung unserer Felder und Wälder geeignet. Aber heute werden nur noch 30% landwirtschaftlich verwertet. Die Hälfte wird deponiert, weitere 15% verbrannt und der Rest (5%) in der Nordsee küstennah verklappt. Weil Industrieabwässer, die in die kommunalen Kläranlagen fließen, unzureichend und in vielen Fällen sogar überhaupt nicht von Blei und Cadmium gereinigt werden, steigt der Schwermetallgehalt im Klärschlamm ständig an. Wir sind der Meinung, daß die Einleitung von Abwässern, die schwer abbaubare Chemikalien oder Schwermetalle enthalten, in kommunale Kläranlagen verboten werden muß.

Auch für Hausmüll ist die thermische Abfallbehandlung in Müllverbren-

nungsanlagen, die in der BRD zukünftig noch beträchtlich ausgeweitet werden soll, unsinnig. Hierfür sind vor allem drei Gründe ausschlaggebend:

1. Die Müllverbrennung steht zum Ziel der Müllvermeidung, wie der Wiederverwertung im diametralen Gegensatz. Denn sie benötigt für ihren Betrieb einen hohen Anteil brennbarer Müllbestandteile.

2. Zusätzlich erfordert sie hohe Investitionen und schließt damit faktisch späteren Kapitaleinsatz für bessere Alternativen aus.

3. Trotz gegenteiliger Beteuerungen konnte bislang nicht verhindert werden, daß auch Müllverbrennungsanlagen für Hausmüll als Dioxinproduzenten wirken. Darüber hinaus werden weitere Gifte mobilisiert.

Nun können noch nicht alle brennbaren Müllbestandteile vermieden oder umweltverträglich wiederverwendet werden. Es sind aber Verfahren in der Entwicklung, die nach heute verfügbaren Forschungsergebnissen die genannten, entscheidenden Probleme der Müllverbrennung nicht aufzuweisen scheinen. Gemeint ist die Niedrigsttemperatur-Konvertierung von Hausmüll zu Öl, Schwelgas und Schwelkoks. Durch niedrigere Reaktions Temperaturen werden offensichtlich weniger Schadstoffe gebildet als bei anderen Verfahren, die in der Vergangenheit vorgestellt wurden. Insbesondere entsteht kein Dioxin.

Gelder für die weitere Untersuchung und Entwicklung dieses Verfahrens werden von der Bundesregierung ebensowenig zur Verfügung gestellt, wie für die meisten anderen Ansätze zur Müllverminderung und -vermeidung. Unsere Forderung ist, daß sich das ändert.

Mit den heute verfügbaren Techniken ist Hausmüll nicht völlig zu vermeiden. Es wäre aber möglich, riesige Deponieflächen einzusparen.

3. Altlasten

Nach wie vor gibt es in der Bundesrepublik 40 000 bis 60 000 ungesicherte Deponien, auf denen hochgiftige Stoffe abgelagert sein können, die die Grundwasservorräte bedrohen. 4 000 bis 6 000 davon sind dringend sanierungsbedürftig.

Die Entwicklung von Technologien für die Wiederverwendung von Altstoffen ist dringend erforderlich. Denn für viele Müllsorten, die auf Deponien gelagert werden, sind heute noch keine Verfahren für die Wiederverwendung vorhanden. Die einzige z. Z. mögliche „Sanierung“ besteht oft in der Versiegelung oder in der besseren Abdichtung der Deponie, die aber auch nur für die nächsten Jahrzehnte Abhilfe schafft. In einigen Fällen kann es auch sinnvoll sein, vorhandene Altlasten an einen sicheren Ort, z. B. mit weniger wasserdurchlässigem Untergrund, umzulagern. Wir fordern, daß die Kosten für diese notwendigen Maßnahmen von dem Verursacher des Mülls getragen werden müssen.

Wo Menschen wegen aus Altdeponien austretender Giftstoffe umgesiedelt werden, müssen sie, das fordern wir, gemeinsam mit den Betroffenen, voll für alle entstandenen Schäden auf Kosten der Verursacher entschädigt werden.

4. Radioaktive Molke, radioaktiver Schrott

In Duisburg und anderen Orten der Bundesrepublik wurden in den vergangenen Jahren gegen den Widerstand der betroffenen Bevölkerung in unmittelbarer Nähe von Wohngebieten Aufbereitungsanlagen für radioaktiven Schrott in Betrieb genommen.

Im hessischen Mungen, mitten in einem Trinkwassereinzugsgebiet und alternativ dazu auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerkes Lingen, plant Bundesumweltminister Töpfer die Errichtung einer Aufbereitungsanlage für radioaktiv verseuchtes Molkepulver.

Die DKP lehnt diese Anlagen entschieden ab und beteiligt sich aktiv am Kampf dagegen. Dafür sind folgende Gründe maßgebend:

Mit den geplanten und in Betrieb befindlichen Anlagen wird die Bevölkerung unnötigen zusätzlichen Gefahren ausgesetzt.

Mit keiner Aufbereitungsanlage für radioaktiv verseuchte Abfälle wird die Aktivität des Mülls verringert. Das ist aus physikalischen Gründen auch gar nicht möglich.

Jede Aufbereitungsanlage schafft Kapazitäten, die für eine Ausweitung des Bonner Atomprogramms mißbraucht werden können. Bestehende Entseuchungsanlagen für radioaktive Molke z. B. könnten als Argument dafür dienen, daß bei uns Störfälle in Kernkraftwerken mit Austritt von größeren Mengen Radiaktivität „beherrschbar“ seien.

Die DKP tritt, wie die große Mehrheit der Bevölkerung unseres Landes, für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus dem Atomprogramm ein. Das hat der DKP-Parteivorstand am 17.6.86 beschlossen. Die DKP lehnt alle Maßnahmen ab, die offen oder verdeckt einen möglichen Ausstieg verhindern oder verzögern.

Wir Kommunisten sind uns im klaren darüber, daß der durch den Betrieb von kerntechnischen Anlagen in unserem Land wie durch die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl entstandene radioaktive Müll nicht absolut sicher gelagert werden kann. Wir treten aber dafür ein, das Risiko für Mensch und Umwelt so gering wie möglich zu halten. Um das zu erreichen, sind besonders für hoch- und mittelaktiven Müll noch erhebliche Forschungsanstrengungen notwendig.

Die DKP fordert:

Leicht- und mittelradioaktive Abfälle müssen rückholbar so gelagert werden, daß keine Gefährdung von Mensch und Umwelt entsteht.

Keine Atommüllaufbereitungsanlagen. Bau und Planung von Anlagen zur nicht rückholbaren Endlagerung von radioaktivem Müll sind sofort einzustellen.

C. Müll und ökologische Krise

Einige Mitglieder auch unserer Partei gehen davon aus, daß wir nur praktische Lösungen des Müllproblems entwickeln müssen. Daß über die konkrete kommunalpolitische und betriebliche Praxis hinausgehende Analysen und Einschätzungen sowieso nichts bringen und zu theoretisch sind. Lenin hat zum Verhältnis von Theorie und Praxis schon 1901/2 Aussagen gemacht, die auch für die Lösung unserer Abfallprobleme Bedeutung haben. Er schrieb:⁵⁾ „Ohne revolutionäre Praxis kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. Dieser Gedanke kann nicht genügend betont werden in einer Zeit, in der die zur Mode gewordene Predigt des Opportunismus sich mit der Begeisterung für die engsten Formen der praktischen Tätigkeit paart.“ Ohne Einordnung in unsere Weltanschauung und Gesamtpolitik besteht auch bei der Müllpolitik die Gefahr opportunistischer Anpassung.

Die Vergiftung der Böden durch Chemiemüll, aber auch die Verschmutzung von Luft und Wasser und der Raubbau an natürlichen Ressourcen gefährden unser Leben und unsere Gesundheit. Nicht nur in unserem Land, sondern in globalem Maßstab.

Die Existenz der Menschheit wird nicht nur von einem alles vernichtenden Atomkrieg bedroht. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine globale ökologische Krise entwickelt. Wenn nicht bald mit umfangreichen Gegenmaßnahmen begonnen wird, kann sie sich zu einer ökologischen Katastrophe auswachsen.

Die ökologische Krise hat stoffliche wie gesellschaftliche Ursachen. Um eine ökologische Katastrophe zu verhindern, sind Veränderungen der stofflichen Seite der Produktivkräfte wie gesellschaftspolitische Maßnahmen erforderlich.

Stoffliche Seite: Im Kapitalismus wie Sozialismus müssen Produktivkräfte entwickelt werden, die weitgehend abfallfrei und mit möglichst geringen Unfallrisiken arbeiten. Nicht vermeidbare Abfälle müssen systematisch als neue Ausgangsstoffe der Produktion genutzt, umweltgefährdende Substanzen verboten und wenn nötig und sinnvoll, ersetzt werden. In die Natur dürfen nur noch Stoffe abgegeben werden, die von ihr auch verwertet werden oder von denen man schon heute mit Sicherheit weiß, daß sie in ihrer Gesamtheit keine, die Existenz der Menschheit gefährdenden Auswirkungen haben. Und mit den auf der Welt vorhandenen Rohstoffvorräten muß so sparsam umgegangen werden, daß sie auch künftigen Generationen noch zur Verfügung stehen.

Gesellschaftliche Seite: Die meisten heute genutzten Produktionsmittel wurden von ihren Grundprinzipien her unter kapitalistischen Eigentumsverhältnissen entwickelt. Daß viele die Umwelt vergiften und nicht abfallfrei funktionieren, hat auch gesellschaftliche Ursachen.

Waren können in aller Regel, betriebswirtschaftlich gesehen, am billigsten produziert und am profitabelsten verwertet werden, wenn kostenlose oder preisgünstige Rohstoffe aus der Natur entnommen und Abfälle auf Mülldeponien abgekippt oder in Flüsse, Seen oder die Luft abgeleitet werden. Umweltverträgliche Alternativen sind in aller Regel für den Unternehmer teurer. Sie werden deshalb freiwillig nicht genutzt. Schon Marx schrieb: ⁶⁾ „Die kapitalistische Produktion entwickelt ... die Technik ..., indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“

Der Vorrang für den Profit trägt nicht nur zur Gefährdung unserer Lebensgrundlagen bei, er verursacht auch hohe ökonomische Folgekosten. Die Verhinderung von Müll durch Wiederverwertung oder abfallfreie Technologien wäre volkswirtschaftlich billiger als die Kosten, die durch die Sanierung von Giftmülldeponien entstehen. So kostet z. B. die Sanierung der Deponie Hamburg-Georgswerder mehr als viermal soviel, wie Boehringer an seiner Produktion in seinem Hamburger Betrieb verdient hat. Gelohnt hat es sich für Boehringer trotzdem. Denn die Sanierungskosten zahlt weitgehend der Staat aus unseren Steuergeldern. Ähnlich sieht es auch in anderen Bereichen der Umweltvergiftung und -zerstörung aus: Energiekonzerne z. B. brauchen die Schäden, die ihre Abgase in den Wäldern anrichten, auch nicht zu tragen. Umweltpolitische Fortschritte müssen bei uns gegen die Profitinteressen der Konzerne, wie gegen ihre politischen Vertreter erkämpft werden.

Wir müssen gegen sie die Bedingungen für eine alternative Wirtschaftspolitik erkämpfen, bei der unsere Lebensinteressen Vorrang haben vor dem Profit der Konzerne. Um dies durchzusetzen, haben wir z. B. bereits in unserer „Erklärung für eine an den Lebens- und sozialen Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientierten Chemiepolitik“ die Verstaatlichung der chemischen Großindustrie gefordert.

Überwunden werden kann die ökologische Krise nicht allein durch Maßnahmen im Rahmen eines Staates oder eines Gesellschaftssystems, sondern nur durch systemübergreifende, internationale Aktivitäten: Zur Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschheit müssen in der ganzen Welt Umweltvergiftung und Rohstoffvergeudung und Giftmüllproduktion drastisch verringert und gleichzeitig Bedingungen für die Überwindung von Hunger und Unterentwicklung geschaffen werden. Dafür nötige internationale Vereinbarungen setzen eine Politik der friedlichen Koexistenz und Entspannung voraus.

Durch Abrüstung könnten im Weltmaßstab über 1000 Milliarden US-Dollar jährlich freigesetzt werden. Benötigt wird das Geld dringend für die Beendigung des Massenelends in den von Imperialismus ausgeplünderten und unterentwickelt gehaltenen Ländern, wie für die Verhinderung einer ökologischen Katastrophe und auch zur Entwicklung abfallarmer und -freier Technologien. Erfolge im Kampf für Frieden und Abrüstung sind auch für die Lösung anderer globaler Probleme eine Schlüsselfrage. Und

auch die müssen wir wieder gegen den Widerstand der reaktionärsten Kräfte aus Politik und Wirtschaft durchsetzen.

Notwendige Änderungen bei Produktivkräften und Eigentumsverhältnissen werden wir nur schrittweise durchsetzen können.

Sehen wir uns die gesellschaftlichen Bedingungen an, unter denen wir für Änderungen kämpfen müssen. Sehen wir uns an, mit wem und gegen wen wir in unserem Land zu Verbesserungen in der Müllpolitik gelangen können.

D. Müllpolitik in der BRD

Die kritische Situation im Müllbereich wurde durch eine früher weitgehend gemeinsame Umweltpolitik von SPD, FDP und CDU/CSU hervorgerufen. So wurde das erste Abfallbeseitigungsgesetz von den damaligen Bundestagsfraktionen gemeinsam verabschiedet. Sie wird durch die heutige Politik der Rechtskoalition erheblich verschärft.

1. Bundesregierung, CDU/CSU/FDP

Pläne für die Entwicklung und den Einsatz abfallfreier und abfallarmer Technologien fehlen in den Koalitionsvereinbarungen unserer Bundesregierung, die die Arbeitsgrundlage von Bundesumweltminister Töpfer sind. Damit das nicht so auffällt, sind Planungen aufgenommen, die so ähnlich klingen, aber wieder nur von den großen Versäumnissen dieser Regierung ablenken sollen. Unter der Überschrift Abfallwirtschaft/Altlastensanierung kann man lesen: „Ausfüllung des Abfallgesetzes. Vermeidung und Verringerung gefährlicher Stoffe im Abfall, z. B. bei der Entsorgung von Batterien und bleihaltigen Staniolkapseln.“ Kein Wort zu Plänen, den Müllabfall besonders der Industrie drastisch zu verringern. Kein Pläne für die Entwicklung abfallfreier Technologien.

Seit dem 11. Juli 1986 ist nach der Zustimmung des Bundesrates eine Neufassung des Abfallgesetzes in Kraft. Dort wird festgelegt, daß die Bundesregierung Zielvorgaben für die Vermeidung oder Verringerung von Abfallmengen festlegen kann. Hält sich die Industrie nicht freiwillig daran, kann sie wiederum ihre Ziele in einer Rechtsverordnung verbindlich festlegen. Sie kann, aber sie muß nicht. Und sie will auch nicht, wenn man sich die umweltpolitische Praxis der vergangenen Monate ansieht. Daran, daß dieses Gesetz, das auf der Basis von freiwilligen Maßnahmen der Verursacher, zum Erfolg führt, sind erhebliche Zweifel angebracht. Bundesumweltminister Töpfer plant, die Müllentsorgung auch in den Bereichen, in denen sie sich z. Z. noch in staatlichen Händen befindet, zu privatisieren und damit dazu beizutragen, daß noch stärker als bisher die Profitinter-

sen Vorrang vor dem Schutz von Leben, Gesundheit und Umwelt der Menschen haben.

Töpfer will auch das Müllproblem marktwirtschaftlich lösen, wie er immer wieder betont. Daß der Markt dazu nicht in der Lage ist, könnte er eigentlich bei der Lektüre der Unterlagen seiner eigenen Experten leicht selbst feststellen.

1980 wurden lediglich 13% der Abfälle des produzierenden Gewerbes einer Wiederverwertung zugeführt. Bei Sonderabfällen sind es sogar nur 10%. Mit sinkender Tendenz. Denn wenn der Markt entscheidet, wird Müll von den Unternehmern nur dann als Rohstoff genutzt, wenn das für die profitabel ist. Die Rohstoffpreise aber fallen und fallen. Denn die Länder der „dritten Welt“ sind pleite. Sie werden durch Großkonzerne und Großbanken so ausgeplündert, daß sie sich gezwungen sehen, ihre Bodenschätze zu Billigstpreisen auf den Weltmarkt zu werfen. Die Wirtschaftskrise tut ein übriges.

Auch die Folgen für unsere Umwelt sind fatal: Wurden 1979 noch 56,9 % des in der BRD produzierten Schwermetalls Blei wiederverwendet, waren es 1983 nur noch 45 %. ⁷⁾ Auch die Verwertungsquoten für Mineralölabfälle, Ölschlämme, Kunststoff-, Gummi- und Textilabfälle sind gesunken. ⁸⁾ Die Frankfurter Rundschau schreibt:⁹⁾ „Mit Haus- und Industiemüll ist kein Geld mehr zu verdienen. Dollarverfall und niedriger Ölpreis machen Recycling unwirtschaftlich.“

Mit dem Rohstoffpreisverfall wird die Entwicklung und der Einsatz abfallfreier oder abfallarmer Technologien für die Unternehmer immer weniger profitabel.

In gleichem Maße nimmt die Möglichkeit ab, auf kommunaler Ebene umweltverträglichere Abfallbeseitigungskonzepte durchzusetzen. So kann das getrennte Einsammeln und Wiederverwerten von Hausmüllbestandteilen, wie z. B. Papier, je nach Marktlage zu erheblich höheren Kosten führen. Altpapier war zeitweilig nicht zu verkaufen. Wegen dieser Marktschwankungen wandert es auch heute noch oft in die Müllverbrennungsanlage.

Viele Kommunen versuchten sich durchzumogeln und erwecken trotzdem bei ihren Bürgern den Eindruck einer umweltschonenden Abfallbeseitigungspolitik. In Köln z. B. werden von der Müllabfuhr alte Batterien, Arzneimittel, Farben und Lacke getrennt eingesammelt. Weil aber kein Betrieb bereit ist, sie zurückzunehmen, werden sie anschließend mit dem Hausmüll zusammen auf die Deponie im ehemaligen Braunkohletagebau „Vereinigte Ville“ gekippt.

Auch in Zukunft wird sich an dieser Situation nichts ändern, wenn die Pläne der Regierung umgesetzt werden:

Im jüngsten „Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag, über den Vollzug des Abfallgesetzes“¹⁰⁾ kann man nachlesen, daß die Abfallmengen weiter zunehmen werden, darunter auch Sondermüllbestandteile.

Der Bericht unterstreicht, daß geschlossene Kreisläufe zunehmend zum Einsatz kommen müssen, sieht aber durch die Marktentwicklung eine gegenläufige Tendenz: „Die bisherige Entwicklung läuft ... eher in die Gegenrichtung: Der technische Fortschritt und der Wettbewerb führen zu Produkten, die immer spezieller und komplexer sind, deren Gebrauchstauglichkeit zwar besser wird, deren Verwertungs- oder sonstige Entsorgungsmöglichkeit nach Gebrauch aber eher abnimmt.

2. DKP

Wir sagen hier ganz klar und deutlich: Wer dauerhafte Verbesserungen der Umweltsituation erreichen will, darf die Frage, ob umweltschonend produziert wird oder nicht, ob die Menge hochgefährlicher, gesundheits- und umweltschädigender Abfälle zu- oder abnimmt, nicht dem internationalen oder nationalen Markt, nicht den Profitinteressen der Konzerne überlassen.

Notwendig sind staatliche Eingriffe in den Markt. Wir fordern Gesetze, die die Produktion von Giftmüll verbieten. Wir kämpfen dafür, daß die Industrie und allen voran die Großkonzerne als größte Müllproduzenten gezwungen werden, umweltschonend zu produzieren und Abfälle zu vermeiden oder wiederzuverwenden.

Wir wollen, daß Luft, Wasser und Boden wieder sauber werden. Wir wollen den Konzernen verbieten, aus Profitinteresse unsere Lebensgrundlagen zu vergiften. Wir kämpfen dafür, daß darüber zu entscheiden, was wo produziert wird und welche Stoffe in die Umwelt abgegeben oder von ihr ferngehalten werden, eines Tages zu unseren demokratischen Rechten gehört. Daß zu den Menschenrechten das Recht auf eine Umwelt gehört, in der auch unsere Kinder und Kindeskiner noch unversehrt leben können. Offensichtlich müssen wir diese Ziele, müssen wir giftfreies Trinkwasser, saubere Luft und eine Umwelt, in der auch unsere Kinder noch überleben können, gegen diesen Umweltminister, gegen diese Bundesregierung und das Großkapital erkämpfen.

Wir verbinden grundsätzliche Alternativen mit konkreten Tagesforderungen. Unsere Umweltpolitik ist in unsere Gesamtpolitik für den Erhalt des Lebens auf diesem Planeten, für gesellschaftliche und wissenschaftlich-technische Bedingungen, die das ermöglichen, eingebunden.

Sie ist eng verbunden mit unserem Kampf für eine sozialistische Bundesrepublik. Dabei sind wir uns im klaren darüber, und das zeigt ja auch die Umweltvergiftung in den sozialistischen Ländern, daß der Sozialismus auch ökologische Probleme keinesfalls automatisch löst. Aber wir gehen davon aus, daß die Überwindung des Privateigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln bessere gesellschaftliche Voraussetzungen schafft für die planmäßige Entwicklung der Produktivkräfte, auch im Interesse des Schutzes unserer Lebensgrundlagen.

Unsere umweltpolitischen Forderungen sind eng mit unserer Wirtschaftspolitik verbunden. In unserer auf dem 8. Parteitag der DKP verabschiedeten These 19 schreiben wir: 11)

„Die Berücksichtigung ökologischer Erfordernisse steht nicht im Widerspruch zu einer an den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen orientierenden Wirtschaftsentwicklung... Gerade der Umweltschutz muß zu einem der wichtigsten Felder für neue Investitionen und damit auch für die Schaffung neuer Arbeitsplätze werden. Notwendig ist ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm für Hunderttausende neuer Arbeitsplätze durch Umweltschutz. Die Arbeiterklasse und damit unsere Partei und ihre Leitungen sind aufgefordert, hierfür stärker in die aktuelle Auseinandersetzung einzugreifen. Wichtige Investitionsbereiche sind: Sanierung von ‚Altlasten‘ in Boden und Wasser, die Vermeidung von Schadstoffen, Einsparung von Energie und Rohstoffen, Umweltforschung, Umweltplanung und Stadtentwicklung.“

Umweltpolitik ist auch Bestandteil unseres Kampfes für Demokratie. In der These 19 schreiben wir weiter: „Fortschritte im Umweltschutz erfordern breite demokratische Bündnisse gegen die Hauptverursacher der ökologischen Krise, die Monopole. Sie verlangen Mitbestimmung der arbeitenden Menschen und ihrer Organisationen, der Gewerkschaften, der Bürgerinitiativen, der Umweltverbände über den Einsatz der Produktionsmittel mit dem Ziel, einen die Naturressourcen und die Umwelt schonenden Umgang mit der Natur durchzusetzen und damit die Lebensqualität zu verbessern. Notwendig ist eine solche demokratische Kontrolle bereits bei der Projektierung neuer Industrieanlagen, für die eine ‚Umweltverträglichkeitsprüfung‘ erforderlich sein muß. Die Umweltschutzgesetzgebung ist strikt am Verursacherprinzip auszurichten. Eine demokratische Umweltpolitik verlangt Eingriffe in das Profitsystem als Steuerungsinstrument der Wirtschaft, die Zurückdrängung der Macht des Großkapitals. Für die DKP ist der Kampf für den Schutz der Umwelt Bestandteil des Kampfes für Frieden und Arbeit, für eine demokratische Wende.“

Sie ist, wie ich vorhin schon ausgeführt habe, mit unserer Friedenspolitik eng verbunden. Wir brauchen Frieden, um umweltpolitische Ziele durchzusetzen. Wir benötigen die Rüstungsmilliarden für die notwendige Ökologisierung der Produktivkräfte.

Bei unserer Umweltpolitik gibt es aber auch noch erhebliche Defizite: Nur wenige Grundorganisationen haben sich in der Vergangenheit kontinuierlich mit Umweltpolitik beschäftigt. Sie war und ist in aller Regel nicht Bestandteil der Leitungstätigkeit unserer Vorstände auf allen Ebenen. Die Müllerklärung, die auf dieser Beratung als Entwurf vorliegt, soll grundsätzliche Positionen auf der Basis der These 19 klären helfen. Die insgesamt geringe Bedeutung umweltpolitischer Fragen in der politischen Praxis unserer Partei hat mit dazu beigetragen, daß viele konkreten Aussagen in unserer Erklärung noch unzureichend oder gar nicht geklärt sind. Deshalb wird sie hier zur Diskussion gestellt.

Bei den zahlreichen Anregungen, Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen ist schon jetzt klar, daß hier sicher keine abschließende Diskussion möglich ist. Wir schlagen vor, die redaktionelle Überarbeitung an die Umweltschutzkommission beim DKP-Parteivorstand zu delegieren. Die Verabschiedung könnte dann durch das Präsidium oder den Parteivorstand der DKP erfolgen.

3. Übrige demokratische Bewegung

Nun wissen wir, daß wir allein viel zu schwach sind, Änderungen der staatlichen Umweltpolitik zu erreichen. Welches sind die Kräfte, mit denen uns gemeinsame Forderungen zumindest zu tagespolitischen Fragen verbinden?

a) SPD

Die SPD hat auf ihrem Nürnberger Parteitag Ende August 1987 auch in der Umweltpolitik echte Alternativen zur Rechtskoalition vorgelegt, die zum Teil erheblich von der vergangenen SPD-Umweltpolitik abweichen. Der Parteitag fordert eine „ökologische und soziale Erneuerung“ der Wirtschaft bei gleichzeitiger Demokratisierung und einem höheren Grad an steuerlicher Gerechtigkeit. Dazu gehört u. a.:

die Einrichtung eines Sondervermögens „Arbeit und Umwelt“, das dazu beitragen soll, die Altlasten der Umweltschäden und die Arbeitslosigkeit abzubauen. Private und öffentliche Unternehmen, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts sollen zinsgünstige Kredite und verlorene Zuschüsse für Umweltinvestitionen erhalten. Das Sondervermögen soll im Zeitraum von 10 Jahren verbilligte Investitionskredite in Höhe von 20 Milliarden DM je Jahr mobilisieren. Das Programm soll 400 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Die Idee hat mehrere Haken.

Die Subventionen werden den Unternehmern ohne bindende Beschäftigungsauflagen gegeben, dürften also keinesfalls den angestrebten Beschäftigungseffekt erzielen. Die Zuschüsse sollen im wesentlichen finanziert werden über einen allgemeinen „Energiezuschlag“, und das bedeutet in erster Linie von der Masse der Verbraucher. Von einer Finanzierung durch Kürzung des Rüstungsetats ist nicht die Rede.

Ein großer Pferdefuß bei allen umwelt- und beschäftigungspolitischen Forderungen des auf dem Nürnberger Parteitag verabschiedeten Aktionsprogramms liegt neben der Finanzierung darin, daß die SPD viel Geld aufbringen will, das sie dann in die Hände von Unternehmern legt, die nun im Interesse von Umwelt und Arbeitern investieren sollen. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bleibt bei der SPD Grundlage der Energie- und Wirtschaftspolitik. Im SPD-Aktionsprogramm heißt es, der Markt „ist unentbehrlich als Antriebsmotor und Steuerprinzip... Der

Staat muß ihn korrigieren und ergänzen.“ Aufgrund der Unzufriedenheit weiter Teile der Bevölkerung mit den gegenwärtigen Zuständen will man aber mit mehr „Wettbewerb“ und mit einer „Demokratisierung der Wirtschaft“ eine stärkere Einbringung von Arbeiterinteressen erreichen. In der Umweltpolitik soll der Staat stärker regulierend mit Verboten und Auflagen eingreifen.

Außerdem soll die Mitbestimmung im Betrieb und am Arbeitsplatz erweitert werden. Ziel dieser, wie das Aktionsprogramm schreibt, „Demokratisierung der Wirtschaft“ ist es, das „wirksame Zusammenspiel zwischen Staat, Wirtschaft, Arbeitnehmern, Konsumenten und Produzenten“ im Interesse des „sozialen Friedens, der sich als wichtige Produktivkraft in der Vergangenheit erwiesen hat“ (Aktionsprogramm), zu verbessern.

Bei den neuen sozialdemokratischen Vorstellungen wird also eine neue, allerdings ebenfalls an den Kapitalinteressen orientierte Politik deutlich, die den staatsmonopolistischen Staat zur besseren Integration im Interesse des Großkapitals befähigen soll. Gleichzeitig stellen die neuen SPD-Forderungen allerdings auch eine echte Alternative zur CDU-Politik dar. Trotz bestehender Unterschiede in grundsätzlichen Fragen sind mit der SPD auf der Basis ihrer Beschlüsse Teilverbesserungen in der Umweltpolitik möglich.

So haben z. B. die sozialdemokratisch regierten Länder im Bundesrat gefordert, daß das Abfallbeseitigungsgesetz so geändert werden soll, daß die Bundesregierung sofort verbindliche Regelungen zur Vermeidung und Reduzierung von Abfall erlassen muß.

b) Grüne

Auch in der Programmatik und Politik der Grünen haben sich in den letzten Jahren erhebliche Veränderungen und Erweiterungen vollzogen. Das gilt auch für die Bereiche Wirtschafts-, Sozial-, Umweltpolitik.

Die Grünen haben 1986 auf ihrem Parteitag in Hannover ein ökologisches Umbauprogramm verabschiedet. Gegenüber der für die Frühphase der Partei charakteristischen Forderung nach dem Ausstieg aus der „Industriegesellschaft“ wird nun der reformpolitische „Umbau“ derselben zur politischen und strategischen Option.

Das Umbauprogramm konstatiert den „fortschreitenden Krisenprozeß in Ökonomie und Ökologie“, das Einhergehen der „wirtschaftlichen und sozialen Krise... mit der Vernichtung der Umwelt und einer wachsenden Bedrohung der Grundlagen menschlicher Existenz“. Dies sei sowohl Ausdruck der Unfähigkeit der Bundesregierung als auch „Folge eines Wirtschaftens, das weder auf ökologische Notwendigkeiten noch auf die sozialen Bedürfnisse der Menschen Rücksicht nimmt und statt dessen Produktion und Verteilung an Kriterien privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung orientiert“.

Die Grünen selbst setzen sich von antikapitalistischen oder antimonopolistischen Grundsatzpositionen ab, halten sich jedoch im Rahmen einer radikaldemokratischen und ökologischen Konzeption für antikapitalistische Maßnahmen offen: „Wir fällen keine ordnungspolitischen Grundsatzentscheidungen für oder gegen den Markt“, schreiben sie in ihrem Programm, „oder für oder gegen planwirtschaftliche Elemente. Wir lehnen den Markt als wichtiges Instrument der Regulierung des Wirtschaftsprozesses nicht ab, wir vergöttern ihn aber auch nicht. Auch die Eigentumsfrage wird bei uns nicht dogmatisch betrachtet. Wir sagen allerdings sehr deutlich, daß die Logik von Profit und Verwertung nicht die entscheidende Meßlatte sein kann für das, was ökologisch notwendig ist.“ Auch sie fordern also konkrete staatliche Eingriffe in den Markt zur Verbesserung der Umweltsituation.

Die Notwendigkeit des Umbauprogramms („ökologischer Umbau industrieller Produktionsstrukturen“, „Umstrukturierung des Sozialsystems“, „Aufbau einer wirklich demokratischen Organisation von Wirtschaft und Arbeitsleben“) wird aus den derzeitigen Krisenerscheinungen und sozialen Ungleichheiten abgeleitet. Es wird als Reformprogramm der schrittweisen Veränderung entwickelt. „Wir wollen den Umbau grundlegender gesellschaftlicher Strukturen auf dem Weg einer Strategie der ökologischen (an anderen Stellen der sozialökologischen) Strukturreform.“ Seine Adjektive sind „ökologisch“, „sozial“, „basisdemokratisch“.

Die Grünen schätzen, daß der ökologische Umbau unter dem Strich 411000 Arbeitsplätze erhält oder neu schafft. Die sozialen Mittel sollen ihrer Forderung nach durch Abgaben und Einsparungen bei ökologisch schädlichen Projekten (z. B. Autobahnbau), Rüstungskürzungen sowie Steuererhöhungen aufgebracht werden.

Ohne die Ausbildungsabgabe werden jährlich 17,8 Milliarden Mark an Abgaben, 7 Milliarden Mark durch eine Erhöhung der Mineralölsteuer und 29,5 Milliarden Mark durch sonstige Maßnahmen erwartet. Das ist weit mehr, als die SPD für ihr Sondervermögen für Arbeit und Umwelt jährlich mobilisieren will. Die Instrumente der Umbaupolitik sollen neben Abgaben, die in anderer Verwendung zu Subventionen werden, gesetzlich normierte Gebote und Verbote sein. Der Einsatz der staatlichen Administration und der ökonomischen Regulierungspotentiale des Staates wird als Haupthebel des ökologischen Umbaus bestimmt. Ein erheblicher Ausbau der demokratischen Mitbestimmung und Kontrolle wird gefordert. Wie die SPD halten auch die Grünen in ihrer großen Mehrheit im Gegensatz zu uns die Eigentumsfrage für sekundär. Trotzdem sind gemeinsame Positionen zu umweltpolitischen Tagesfragen mit ihnen vorhanden.

Und wir sagen auch deutlich: Wir haben in der Vergangenheit viel von ihnen gelernt. Anforderungen an die stoffliche Seite der Entwicklung und des Einsatzes von Produktivkräften, die u. a. von den Grünen viel früher formuliert wurden, haben auch in Forderungen der DKP ihren Niederschlag gefunden.

Die Grünen orientieren sich heute weit mehr als in der Vergangenheit an außerparlamentarischen Bewegungen. Wie der heftig geführte Flügelstreit in ihrer Organisation zeigt, besteht aber keine Einigkeit über die sozialen und ökonomischen Bedingungen für die Durchsetzung des ökologischen Umbaus.

c) Bürgerinitiativen, Umweltverbände, ökologische Forschungsinstitute

In den vergangenen Jahren haben sich in der Umwelt- und Naturschutzbewegung eine Reihe von Veränderungen ergeben. Der BUND, früher ein reiner Naturschutzverband, hat heute weitgehend die frühere Rolle des BBU übernommen und nimmt in jedem größeren Ort zu allen Planungen Stellung, die Auswirkungen auf die Umwelt haben. Der BBU hat aufgrund interner Auseinandersetzungen erheblich an Einfluß verloren, hat aber seinen Tiefpunkt überschritten und befindet sich wieder im Aufwärtstrend.

Zahlreiche Menschen kämpfen in örtlichen Initiativen für konkrete, eng begrenzte Ziele, also gegen die Gefährdung durch Giftmülldeponien vor der Haustür, gegen verschmutztes Wasser, verschmutzte Luft oder hohe Lärmpegel meist in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und gehören keinem Verband an. Alle Initiativen und Organisationen der Umwelt- und Naturschutzbewegung sind überparteilich. Ihre Mitglieder gehören einem breiten politischen Spektrum mit unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen Einschätzungen an.

Eine große Mehrheit dieser Bewegung hat sicher eine andere Weltanschauung, als wir Kommunisten. In vielen konkreten Einzelforderungen z. B. zur Müllverhinderung und -verminderung gibt es trotzdem weitgehende Übereinstimmung. Einigkeit besteht aber oft noch nicht in der Frage, welche Forderungen in Kooperation mit Staat und Großindustrie durchgesetzt und welche gegen die Monopole und ihre politischen Vertreter erkämpft werden müssen. Auch ist häufig die Bereitschaft vorhanden, der Abwälzung von Kosten, die durch schärfere Umweltschutzauflagen entstehen, auf die Masse der Bevölkerung zuzustimmen. Wir wenden uns entschieden gegen die Sozialisierung der Kosten und werden in Bündnissen stets für Forderungen eintreten, die die Verursacher zur Kasse bitten. Wir müssen deutlich sehen, daß alle Forderungen, die Stoffverbote oder schärfere Umweltauflagen zur Folge haben, objektiv gegen die Verursacher, die Großkonzerne gerichtet sind. Denn die werden ja, wenn es gelingt, entsprechende Forderungen durchzusetzen, dazu gezwungen, auf für sie profitablere Produktionslinien im Interesse unserer Lebensgrundlagen zu verzichten.

d) Gewerkschaften

Hier gibt es ähnliche Entwicklungen, wie in der SPD. Umweltpolitische Forderungen sind in allen DGB-Gewerkschaften Bestandteile von Arbeitsplatzbeschaffungsprogrammen. Die praktische Bedeutung, die diesen Forderungen zukommt, ist aber in den einzelnen DGB-Gewerkschaften sehr unterschiedlich.

Besonders die ÖTV macht sich gegen die Privatisierung kommunaler Müllbeseitigung stark. Ein wesentlicher Grund dafür ist der Kampf um den Erhalt des sozialen Besitzstandes der Kollegen bei der Müllabfuhr. Würde die ÖTV-Forderung realisiert, hätte das aber auch positive Auswirkungen auf die Möglichkeit des Staates, seine Müllpolitik an den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung auszurichten.

Die DGB-Gewerkschaften sind sich weitgehend darin einig, daß bei der Müllpolitik die Vermeidung Vorrang erhalten muß vor der Beseitigung. Bei konkreteren Einzelprojekten, wie z. B. geplanten Industriemüllverbrennungsanlagen, haben aber verschiedene DGB-Gewerkschaften in der Vergangenheit oft unterschiedliche Stellungnahmen abgegeben. Eine Reihe von Gewerkschafts-kreisorganisationen stimmen immer noch geplanten, auch umweltgefährdenden Anlagen zu, wenn die Zahl der versprochenen Arbeitsplätze hoch genug ist. Zunehmend versuchen aber Gewerkschaften die Forderung nach umweltverträglicheren Alternativen und den Kampf um die Schaffung neuer Arbeitsplätze auch in ihrer praktischen Arbeit zu verbinden.

E. Den ökologischen Umbau gegen Konzerne und SM-Staat durchsetzen

Die „Frankfurter Allgemeine“ (FAZ) macht sich Sorgen, weil immer mehr Menschen wegen der Umweltsituation in der Welt und besonders in unserem Land beunruhigt sind.¹²⁾ „... In den Vorstandsetagen und Chemieverbänden ist nur selten etwas vom Dienen, von Achtung vor der Gesellschaft zu spüren,“ schreibt das großbürgerliche Blatt. „Sie (die chemische Großindustrie) sträubte sich zu lange gegen jedwede Reglementierung, so daß die Öffentlichkeit den Eindruck haben mußte, Gewinne seien allemal wichtiger als Gesundheit und Umwelt.“ Damit das Vertrauen der Mehrheit der Bürger in Staat und Großindustrie wieder gefestigt wird, fordert die FAZ: „Man sollte . . . nach und nach zu geschlossenen Anlagen übergehen, das Recycling innerhalb der Betriebe ausbauen und die Umwelt entlasten. Die Forderung, die Emissionen bis zur Jahrhundertwende nahe an die Nullgrenze herunterzudrücken, ist keineswegs utopisch.“

Daß die FAZ so etwas in ihrem Leitartikel schreibt, wird ihr nicht als Klassenverrat ausgelegt. Es ist ebenso, wie die zahlreichen Rundfunk-, Fernsehsendungen und Zeitungsartikel über die immer zahlreicher werdenden Umweltskandale, Ausdruck für erhebliche Widersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie.

Denn nicht alle Großkonzerne sind gleichmäßig für alle Bereiche der Umweltvergiftung und -zerstörung verantwortlich.

So wird z. B. die Wasserverschmutzung zum allergrößten Teil von der Chemie- und Papierindustrie sowie vom Salzbergbau verursacht. Hohe Schadstoffkonzentrationen in unseren Flüssen und Seen führen aber nicht nur zu einer Verschlechterung der Nutzungsmöglichkeiten für die arbeitende Bevölkerung; sie verursachen auch Milliarden Schäden durch Korrosion, z. B. in Kühlwassersystemen der Eisen- und Stahlindustrie. Was dazu führt, daß auch Monopole ein großes Interesse an der besseren Reinigung der Gewässer entwickeln.

In einigen Ländern Europas, wie z. B. in den Niederlanden, die wegen der Nähe zur Küste über so gut wie keine Grundwasservorräte verfügen und deshalb auf die Trink- und Brauchwasserversorgung aus dem Rhein angewiesen sind, ist der Kampf gegen die Wasserverschmutzung durch bundesdeutsche, französische und Schweizer Großbetriebe zu einer nationalen und klassenübergreifenden Frage geworden. Denn alle Klassen und Schichten sind dort vom hohen Grad der Rheinverschmutzung betroffen und haben die Folgen zu tragen.

Nicht alle Großbetriebe verursachen große Mengen gefährlichen Mülls. Und durch die Verschärfung der bestehenden Umweltprobleme hat sich teilweise auch im Kapitalinteresse ein unumgänglicher Handlungsbedarf ergeben. So schätzt das Umweltbundesamt, daß in den nächsten 10 Jahren mindestens 17 Milliarden DM für die Sanierung von Altdeponien ausgegeben werden müssen.¹³⁾ Damit entsteht ein neuer Markt, der auch für die größten multinationalen Konzerne interessante Dimensionen hat. Einmal entwickelte Technik zur Sanierung von Altdeponien kann aber oft auch dazu eingesetzt werden, neue Deponien sicherer zu machen oder sie kann sogar zum Recycling von Abfällen eingesetzt werden.

Um keine Mißverständnisse zu erzeugen: Oftmals werden auch durch den Umweltschutzmarkt nur Scheinlösungen entwickelt (neue Verbrennungsanlagen, Verlagerung in andere Umweltbereiche usw.). Aber durch diesen Markt geraten die Müllverursacher unter Druck. Weil Profite winken, haben Teile der Großindustrie ein ökonomisches Interesse an schärferen Auflagen. Nicht an Auflagen für sich, sondern für die Konkurrenz. Und das führt zu einem labilen Kräfteverhältnis. Wegen der Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse können erste Teilschritte zur Verschärfung der Müllkrise, zur Verringerung der daraus resultierenden Gefahren für uns und unsere Umwelt mit relativ geringen Gegenkräften erkämpft werden.

Vorausgesetzt, wir einigen uns auf gemeinsame Tagesforderungen all der Kräfte, die mit den völlig unzureichenden umweltpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung nicht einverstanden sind und die nicht davon ausgehen, daß die Großindustrie freiwillig bereit ist, unsere Gesundheit und das Leben unserer Kinder über ihre Profitinteressen zu stellen. Auch dazu soll unsere heutige Beratung mit beitragen.

1. *Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt 1986/87, Erich Schmidt Verlag, 1986, S. 402*
2. *Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, U III 6 530 1020. Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über den Vollzug des Abfallgesetzes vom 27.8.87, Eigenverlag, Teil B, Seite 2*
3. *Umweltbundesamt, 14.2-97061-2/2, Entwurf Sachstandsbericht 1.1, 1-trichlorethan, Trichlorethylen, Perchlorethylen, Berlin (West), 10. 1. 1983, Seite 11*
4. *Kurzfassung des Umweltgutachtens 1978, Abschnitt 38*
5. *W.I. Lenin, Werke, Band 5, Dietz-Verlag, Berlin, 1976, S. 379*
6. *Das Kapital, Band 1, Seite 529/530*
7. *Heidmarie Lee, Statistische Übersichten über Verbrauch, Abfall und Verwertungsquoten ausgewählter Stoffe (Stand 1986), Hrsg. Umweltbundesamt, Berlin, 1986*
8. *Umweltbundesamt, Daten zur Umwelt 1984, Erich Schmidt Verlag, Berlin (West), 1984, S. 404*
9. *Frankfurter Rundschau, 22. 10. 86*
10. *Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, U III 6-530 1020, Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über den Vollzug des Abfallgesetzes vom 27. 8. 1986, Bonn, 24. 8. 87, Eigenverlag*
11. *Thesen des 8. Parteitagess der DKP, Hamburg 2.-4.5.1986, Hrsg. DKP-Parteivorstand, Eigenverlag, S. 54*
12. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 29. 12. 86, S. 1*
13. *Blick durch die Wirtschaft, 15. 5. 87.*

